



NIEDERSACHSEN Vorwärts

FEBRUAR 2014 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

erinnert ihr euch noch? Ein Jahr ist es her, dass wir die Landtagswahlen gewonnen und die Landesregierung gebildet haben. »Anpacken, besser machen« – mit diesem Motto sind wir angetreten. Wir haben uns stark gemacht für einen flächendeckenden Mindestlohn. Die rigide Abschiebepolitik wurde abgelöst durch eine Flüchtlingspolitik, in der humanitäre Aspekte eine wesentlich größere Rolle spielen. Bei der Endlager-suche haben wir eine Regelung gefunden, die erstmals die Chance eines offenen und rationalen Prozesses bietet.

2014 werden wir daran anknüpfen. Wir werden endlich die Studiengebühren abschaffen und beginnen flächendeckend gute Ganztagschulen aufzubauen. Niedersachsen hat die Chance Energieland Nr. 1 zu werden. Dazu müssen wir die Energiewende weiter voranbringen. Außerdem stehen dringend notwendige Reformen auf dem Arbeitsmarkt an. Wir wollen, dass alle Menschen zu fairen Bedingungen arbeiten und von dieser Arbeit auch leben können. Viel ist schon geschafft worden, aber noch viel mehr müssen wir schaffen. Dafür arbeiten wir hart und brauchen dabei die Unterstützung von euch allen.

Herzliche Grüße
Euer

Stephan Weil
Landesvorsitzender

ROT-GRÜN ERFÜLLT VERTRAUEN

Bis zum späten Abend blieb es am 20. Januar vor einem Jahr spannend. Endlich dann die Nachricht: Rot-Grün kann in Niedersachsen regieren.

Gemeinsam mit den Grünen galt es im ersten Regierungsjahr, Stillstand und Reformstau der Vorgängerregierung aufzuarbeiten – mit Erfolg. Das beweist das Ergebnis einer vom NDR in Auftrag gegebenen Umfrage von Infratest dimap im Januar: 56 Prozent der Niedersachsen bescheinigen der SPD-geführten Landesregierung gute Arbeit. Auch bei den Kompetenzwerten beispielsweise bei der Wirtschafts- und Umweltpolitik liegen wir vorn. Und das, obwohl unpopuläre Entscheidungen gefällt werden mussten.

Vieles haben Ministerpräsident Stephan Weil, Frauke Heiligenstadt, Cornelia Rundt, Olaf Lies, Boris Pistorius, Peter-Jürgen Schneider sowie die Regierungsfaktionen bereits in Angriff genommen oder sogar schon umgesetzt. Parteiübergreifend erkennen die Wählerinnen und Wähler das an. Sie haben nun erneut Rot-Grün ihr Vertrauen ausgesprochen mit einem deutlichen Vorsprung vor der Opposition.



In diesem Moment erfährt Stephan Weil vom rot-grünen Wahlsieg.

Foto: Peter Steffen/dpa

SPD und Grüne sind in ihrer Regierungsaufgabe angekommen. Dies empfinden laut der Umfrage im Übrigen sogar mehr als die Hälfte der CDU-Anhänger. Auch sie bewerten die rot-grüne Regierungsarbeit als gut.

Die Opposition hingegen verschwendet weiterhin sinnlos Ressourcen in Untersuchungsausschüssen und unnötigen Anträgen. Doch die rot-grüne Mehrheit im Landtag wird sich dadurch in ihrer Arbeit für Niedersachsen nicht bremsen lassen. ■

ASJ-LANDESKONFERENZ mit Neuwahl des Vorstandes

Sa., 01.03.2014, ab 13 Uhr
Niedersächsischer Landtag,
Raum 122, H.-W.-Kopf-Platz 1,
30159 Hannover
Anmeldung bis 26.2.14 unter:
Remmer.Hein@spd.de

TERMIN UND FRISTENPLAN für den Ordentlichen Landesparteitag 26. April 2014, 11.00 Uhr | Oldenburg

Freitag, 28. Februar 2014, 24.00 Uhr:
Antragsschluss zum Landesparteitag
(einschl. satzungsförmige Anträge)
gem. § 4 Absatz 6 Landessatzung
iVm § 10 Organisationsstatut

Antragsberechtigt sind:
Ortsvereine, Unterbezirke, Bezirke,
Landesvorstand, Arbeitsgemeinschaften
und Arbeitskreise auf Landesebene

bis Freitag, 28. März 2014
Veröffentlichung aller satzungsförmiger
Anträge

bis Freitag, 04. April 2014
Bekanntgabe der Anträge gegenüber den
Delegierten

bis Freitag, 11. April 2014
Der amtierende Vorstand soll den Dele-
gierten einen Vorschlag zur Wahl des Vor-
standes unterbreiten.

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG | 26. APRIL 2014, 11.00 UHR Oldenburg – Weser-Ems Halle

TAGESORDNUNG

11.00 Uhr Eröffnung und Begrüßung

- Konstituierung:
 - Wahl des Präsidiums
 - Beschluss der Tagesordnung
 - Beschluss der Geschäftsordnung
 - Wahl Mandatsprüfungs- und Zählkommission
 - Bestätigung der Antragskommission
- Grußwort
- Berichte:
 - des SPD-Landesvorsitzenden
 - des Schatzmeisters
 - der Fraktionsvorsitzenden
- Aussprache zu den Berichten
- Bericht der Revisor/inn/en
- Aussprache zu den Berichten
- Entlastung des Vorstandes
- Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

- Bericht der Antragskommission
- Beratung und Beschlussfassung satzungsförmiger Anträge
- Rede des Landesvorsitzenden
- Aussprache
- Wahl des/der Landesvorsitzenden
- Beratung und Beschlussfassung weiterer satzungsförmiger und weiterer Anträge
- Bekanntgabe des Ergebnisses
- Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes:
 - der Stellvertreter/innen
 - des/der Generalsekretärs/in
 - des/der Schatzmeisters/in
 - der Beisitzer/innen
 - ggf. weiterer Wahlgang Beisitzer/innen
- Wahl der Revisor/inn/en

16.30 Uhr Schlusswort



Matthias Groote MdEP,
Vorsitzender des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments.

FREIZÜGIGKEIT – EIN GRUNDRECHT VON EUROPÄISCHEN BÜRGERN!

Von Matthias Groote MdEP

In der Europäischen Union hat jeder einzelne Bürger das Recht auf Mobilitätsfreiheit. Dieses Recht hat in den letzten Wochen viele Bürgerinnen und Bürger in Angst versetzt. Es wird befürchtet, dass es eine starke Zuwanderung in Deutschland geben wird. Fakt ist dennoch, dass Europa Menschen und Staaten zusammengeführt hat, eine stabile Friedensmacht ist und große wirtschaftliche Möglichkeiten hat. Die sogenannte Zuwanderung in die Sozialsysteme entspricht nicht der Realität.

Statistisch leben nur 2,8 Prozent der EU-Bürger im europäischen Ausland. Der prozentuale Anteil von Zuwanderern aus EU-Staaten, die nicht wirtschaftlich aktiv sind, macht weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung in der Europäischen Union aus.



Freizügigkeit ist ein Grundrecht von EU-Bürgern. Wir Deutschen würden auch nicht wollen, dass uns das Recht entzogen

wird innerhalb der EU ein Leben aufzubauen. Nicht zuletzt sind laut Statistischem Bundesamt rund 349.000 Personen im ersten Halbjahr 2013 aus Deutschland weggezogen. Von den rund 555.000 Einwanderern nach Deutschland waren um die 334.000 Bürger der EU. Zudem handelt es sich bei vielen Zuwanderern, um hoch qualifizierte Menschen, die sich in Deutschland ein besseres Leben erhoffen und gleichzeitig unsere Wirtschaft ankurbeln.

Laut dem Jahresgutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration profitiert Deutschland sogar, denn immer mehr junge, motivierte und gut ausgebildete EU-Bürger ziehen in die Bundesrepublik. Wer glaubt, dass wir in Deutschland ohne Einwanderung auskommen würden, um unseren Lebensstandards zu halten, der täuscht sich. ■

ANPACKEN UND GESTALTEN STATT STIMMUNGSMACHE

Von Bernd Lange MdEP

Die derzeitigen Diskussionen rund um ein mögliches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen Europa und den USA zeichnen sich häufig durch Stimmungsmache aus und greifen oft zu kurz. Wichtig: Das Europäische Parlament hat die Macht ein ausgehandeltes Abkommen nicht anzunehmen. Schon einmal haben wir Sozialdemokraten im EP ein schlechtes Abkommen scheitern lassen, das geplante ACTA-Abkommen.

Als handelspolitischer Sprecher der europäischen Sozialdemokraten habe ich mit den anderen Fraktionen unsere Anforderungen an ein TTIP verfasst. In den Verhandlungen geht es um den Marktzugang für den Handel mit Gütern, Dienstleistungen, Investitionen, die öffentliche Auftragsvergabe, Regulierungsvorschriften und nichttarifäre Handelshemmnisse sowie um ergänzende Vorschriften.

Ein Freihandelsabkommen der EU mit den USA ist gut für Niedersachsen und sichert Arbeitsplätze: 2012 lag der niedersächsische Export in die USA bei 6,1 Milliarden Euro (Importe im Wert von 2,7 Milliarden Euro). Mehr als ein Viertel der Exporte entfällt auf Personenkraftwagen (26,2%) und ein weiteres Fünftel auf Wasserfahrzeuge (20,1%).

Den Handel ergänzende Vorschriften betreffen die Sozial- und Umweltstandards. Die USA haben immer noch nicht die zentralen Kernarbeitsnormen der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) auf Bundes- sowie auf Staatsebene ratifiziert



Foto: Shutterstock

und umgesetzt. Im Gegenteil, der Gouverneur von Tennessee versucht mit Macht die Einrichtung eines Betriebsrates im VW-Werk in Chattanooga zu verhindern.

Insofern kann z.B. die Anerkennung der EU-Gesetzgebung zu Europäischen Betriebsräten in europäischen Unternehmen in den USA im Abkommen ein Schritt sein, die Arbeitnehmerrechte zu stärken. Dies wird auch von den US-amerikanischen Gewerkschaften gesehen, die sich zum ersten Mal nicht prinzipiell gegen ein Freihandelsabkommen positionieren.

Eine Marktöffnung darf nicht zu Lasten der Verbrauchersicherheit gehen. Im Lebensmittelbereich und beim Verbraucherschutz gilt in der EU das Vorsorgeprinzip. Vor allem im Bereich der Lebensmittelsicherheit muss ausgeschlossen sein, dass Fleisch von hormonbehandelten Tieren und bestimmte Bio-

tech-Produkte in die EU eingeführt werden. Auch im Hinblick auf Datenschutzstandards bestehen grundlegende Unterschiede zwischen der EU und den USA. Klar ist: Auch im Fall von TTIP streiten wir Sozialdemokraten für Arbeitnehmerrechte und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Deshalb lohnt es sich, anzupacken und mit zu gestalten. Es wäre grob fahrlässig, es nicht mindestens zu versuchen. ■



Bernd Lange MdEP,
Handelspolitischer Sprecher der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Weitere Infos:

www.bernd-lange.de/politik/eu-usa-handelsabkommen

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Heike Werner
Redaktion: Remmer Hein, Rosa Legatis, Christoph Matterede
Anschritt: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover
E-Mail: vorwaerts@spdnds.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de



Alle zwei Wochen Aktuelles im Newsletter »Europa-Info«. **HIER ANMELDEN:**
www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info